

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrike Flach, Cornelia Pieper, Birgit Homburger,
weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P.
– Drucksache 14/3696 –**

Satellitengestütztes Umwelt-Monitoring als Instrument einer nachhaltigen Politik

A. Problem

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung u. a. aufgefordert werden, die Bedeutung des Instruments der satellitengestützten Erdbeobachtung für die Definition, Realisierung und Umsetzung einer nachhaltigen Politik zu unterstützen und die öffentlichen Bedürfnisse an satellitengestützten Informationen über geeignete Stellen zu bündeln und zu harmonisieren.

B. Lösung

Der Ausschuss ist mehrheitlich der Auffassung, der Antrag spreche mit der satellitengestützten Erdbeobachtung zwar ein wichtiges Instrument der Politik an, berücksichtige aber zu wenig, dass die Aufarbeitung der entsprechenden Daten derzeit noch großen personellen und finanziellen Aufwand erfordere und daher zunächst Beobachtungsprodukte zu identifizieren seien, bei denen eine automatisierte Datenaufarbeitung deren Nutzung auch ökonomisch rechtfertige.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/3696 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2001

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Christoph Matschie
Vorsitzender

Ulrich Kelber
Berichterstatter

Dr. Christian Ruck
Berichterstatter

Winfried Hermann
Berichterstatter

Birgit Homburger
Berichterstatterin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ulrich Kelber, Dr. Christian Ruck, Winfried Hermann, Birgit Homburger und Eva-Maria Bulling-Schröter

I.

Der Antrag auf Drucksache 14/3696 wurde in der 140. Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. Dezember 2000 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung überwiesen.

Die mitberatenden Ausschüsse haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II.

Unter Hinweis auf eine Anhörung zum Thema „Satellitengestütztes Umwelt-Monitoring als Instrument einer nachhaltigen Politik“ im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit am 22. März 2000 wird in dem Antrag zunächst festgestellt, dass detaillierte Kenntnisse über den Zustand und die Entwicklungen der Umwelt essentielle Voraussetzungen für die Definition, Umsetzung und Kontrolle einer verantwortlichen Umweltpolitik und eines verantwortlichen Umweltmanagements, das sich an den Kriterien Nachhaltigkeit und Umweltverträglichkeit ausrichtet, sind. Die Beobachtung der Erde und ihrer Atmosphäre für wissenschaftliche Aufgaben der globalen Umweltüberwachung und der Klimaerforschung von Satelliten aus werde bereits seit einigen Jahren mit Erfolg betrieben. Der Einsatz satellitengestützter Information für politische wie wirtschaftliche Belange sei jedoch in Deutschland, vor allem im Vergleich mit Nationen wie Frankreich, die USA und zunehmend auch Ländern wie Indien, noch wenig entwickelt.

Die Bundesregierung soll deshalb u. a. aufgefordert werden,

- die Bedeutung des Instruments der satellitengestützten Erdbeobachtung für die Definition, Realisierung und Umsetzung einer nachhaltigen Politik zu unterstützen,
- die betroffenen Exekutiv-Organen aufzufordern, dieses Instrument für künftige politische Maßnahmen zu nutzen,
- die öffentlichen Bedürfnisse an satellitengestützten Informationen über geeignete Stellen zu bündeln und mit dem Ziel zu harmonisieren, für gemeinsame Verwendungen auf Bundes-, Landes- oder europäischer Ebene Standardprodukte zu definieren, die eine rasche Umsetzung des Prinzips Nachhaltigkeit auf nationaler wie europäischer Ebene ermöglichen,
- im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit einen Haushaltstitel in Höhe von 10 Mio. DM einzurichten, mit dessen Budget die Bereitstellung umweltpolitischer Informationsprodukte gesichert werden könne.

III.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag in seiner Sitzung am 14. März 2001 beraten.

Von Seiten der **Fraktion der F.D.P.** wurde ausgeführt, mit dem eigenen Antrag wolle man u.a. darauf hinwirken, dass die Bundesregierung Maßnahmen zur Entwicklung standardisierter satellitengestützter Informationen ergreife und im Haushalt des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit ein Titel in Höhe von 10 Mio. DM eingestellt werde, mit dessen Budget umweltpolitische Informationsprodukte gesichert werden könnten. Dies könne dabei helfen, zu überwachen, ob bestimmte Umweltauflagen eingehalten oder definierte Umweltziele erreicht würden. Beispielsweise lasse sich eine regelmäßige, flächendeckende Beurteilung des ökologischen Zustandes der Bundesrepublik Deutschland vornehmen. Auch könne der Pflicht zur regelmäßigen Berichterstattung im Rahmen des Abkommens „Natura 2000“ bzw. der Flora-Fauna-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) unter Einsatz satellitengestützter Informationen nachgekommen werden. Insbesondere lasse sich aber die satellitengestützte Erdbeobachtung für die Verifikation der CO₂-Senken einsetzen, die im Rahmen der Kyoto-Mechanismen eine wichtige Rolle spielten. Man wisse, dass sich an verschiedenen Stellen Arbeitsgruppen mit entsprechenden Fragen beschäftigten. Insgesamt setze sich aber die Bundesregierung zu wenig ein, um die genannten Instrumente nutzbringend zu verwenden.

Von Seiten der **Fraktion der SPD** wurde vorgetragen, der Antrag auf Drucksache 14/3696 spreche im Grundsatz ein wichtiges Aufgabenfeld an, lasse aber bei seinen detaillierten Forderungen eine Reihe von Dingen außer Betracht. So bedürfe es derzeit erheblichen personellen und finanziellen Aufwandes, um bereits existierende Daten im Bereich Landnutzung und Landbedeckung so aufzubereiten, dass sie tatsächlich nutzbar würden. Vordringlich sei es daher, die Politikbereiche auch außerhalb der Umweltpolitik zu identifizieren, die solche Daten wirklich benötigten. Anschließend gehe es insbesondere um die Frage, wie die Aufarbeitung dieser Daten so automatisiert werden könne, dass sie sofort operational einzusetzen seien. Beispielsweise müsse ein Förster jedes Jahr ohne zusätzlichen Aufbereitungs- und Beurteilungsaufwand der entsprechenden Daten Hinweise auf zu kalkende Waldflächen erhalten können. Bevor solche Fragen nicht gelöst seien, halte man eine Einstellung von Haushaltsmitteln für die Entwicklung bestimmter Informationsprodukte für verfrüht.

Von Seiten der **Fraktion der CDU/CSU** wurde festgestellt, es sei richtig, dass auch für eine sinnvolle Verwendung der mit Hilfe von Satelliten gewonnenen Daten gesorgt werden müsse. Der Antrag auf Drucksache 14/3696 widerspreche dieser Forderung aber auch nicht. Vielmehr gebe er einen Anstoß zur Entwicklung von dringend benötigten Techniken gerade im Zusammenhang mit der Erfüllungskontrolle der Kyoto-Mechanismen. Von daher stimme man ihm im Grundsatz zu.

Von Seiten der **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** wurde dargelegt, der Antrag auf Drucksache 14/3696 stelle sicher einen wichtigen Anstoß dar. Er könne aber derzeit nicht sofort umgesetzt werden, da es nicht damit getan sei, eine Menge von Daten zu sammeln, ohne dass ihre Aufarbeitung und zweckgebundene Anwendung gesichert sei. Die Schwerpunkte der Arbeit sowohl beim Umweltbundesamt wie beim Bundesamt für Naturschutz lägen derzeit anders. Dies schließe aber keinesfalls aus, dass man sich dieser Technik in Zukunft nicht verstärkt bedienen werde.

Von Seiten der **Fraktion der PDS** wurde darauf hingewiesen, in den Berichten der Bundesregierung zum Abkommen „Natura 2000“ und zum Kyoto-Protokoll stütze man sich nicht nur auf mit Hilfe von Satelliten gewonnenen Daten,

sondern nutze auch andere Quellen. Auf der anderen Seite gebe es noch große Datenmengen aus der Erdfernerkundung, die noch nicht für die Umweltpolitik ausgewertet worden seien. Man sei der Auffassung, dass erst eine Auswertung dieser Daten erfolgen müsse und dann über den Einsatz neuer Haushaltsmittel in Höhe von 10 Mio. DM entschieden werden könne. Zudem sei zu prüfen, wie andere Satelliten zu diesem Zweck zu nutzen seien und wie eine Vernetzung ihres Einsatzes bewerkstelligt werden könne.

Der Ausschuss beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 14/3696 abzulehnen.

Berlin, den 27. Juni 2001

Ulrich Kelber
Berichtersteller

Dr. Christian Ruck
Berichtersteller

Winfried Hermann
Berichtersteller

Birgit Homburger
Berichterstellerin

Eva-Maria Bulling-Schröter
Berichterstellerin